

Abendpost.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonntags.

Herausgeber: THE ABENDPOST COMPANY.

„Abendpost“-Gebäude, 203 Fifth Ave.

Wabash Street und Adams St.

CHICAGO.

Telephon No. 1498 und 4046.

Preis: Jede Nummer 1 Cent
Preis der Sonntagsbeilage 2 Cent
Jährliche untere Träger frei in's Haus geliefert
Abendpost im Voraus bezahlt, in den Ver-
einsten, portofrei \$3.00
Abendpost nach dem Auslande, portofrei \$5.00

Neue Steuerereinschätzung.

Durch die Viehwahlerei wird den Wählern eine große Verantwortung aufgebürdet. Bei der im nächsten Monat stattfindenden Abstimmung z. B. werden sie nicht nur für gute Vertreter im Kongress, im Abgeordnetenhaus und im Senate der Staatslegislatur zu sorgen, sondern sie werden auch tüchtige Richter auszuwählen, die geeigneten Männer für die gesamte Countyverwaltung zu finden und endlich zwei ganz neue Steuerbehörden einzusetzen haben. Für die Steuerzahler ist die letzte genannte Aufgabe die wichtigste. Sie haben Jahre lang die Abschätzung des alten niederrichtigen Einschätzungssystems verlangt und erhalten jetzt zum ersten Male Gelegenheit, eine Verbesserung vorzunehmen. Das neue Gesetz bezweckt eine gründliche Umwälzung, aber es vollstreckt sich natürlich nicht von selbst und wird ganz wirkungslos bleiben, wenn keine Durchführung von Anfang an in schlichte Hände gelegt wird.

An die Stelle der „Assessors“, die ganz unabhängig von einander und durchaus willkürlich die Einschätzung in den einzelnen Towns vornahmen und nicht einmal Zeit genug hatten, um sie ordentlich zu befragen, wird ein aus fünf Mitgliedern bestehender „Board of Assessors“ treten. Dieser wird nicht bloß ein Jahr, sondern sechs Jahre im Amte bleiben und befähigt in 24 Stunden sein, sobald er mit den Eigentümern verhältnismäßig gründlich vertraut werden kann. Er wird aber nur die Grundlagen für die Steuerereinschätzung schaffen, denn über ihm steht der aus drei Mitgliedern zusammengesetzte „Board of Review“, der alle Abhängigkeiten und Entschuldigungen des „Board of Assessors“ umwerfen kann. Der „Board of Review“ kann auf eigene Veranlassung die Einschätzung einer jeden Person oder Korporation erhöhen, verringern oder sonstige ausgleichen und kann in Bezug auf dieselbe alles thun, was die Assessors ursprünglich gethan haben könnten oder mögen. Er kann sogar die Gesamteinschätzung erhöhen oder verringern, wenn sie nach seiner Ansicht nicht auf der gehörigen Grundlage gemacht worden ist, oder auch die Einschätzung in einzelnen Townships. Wenn also der „Board of Review“ nicht unbefangenen und gerecht ist, so kann er das eine Town auf Kosten der anderen bevorzugen, oder seine Freunde belohnen und seine Feinde bestrafen. Seine Entschuldigungen sind in allen Fällen endgültig und können höchstens dann in den Gerichten angefochten werden, wenn sie klarlich dem Gesetze und der Verfassung zuwiderlaufen.

Unter diesen Umständen ist es von der größten Wichtigkeit, daß der „Board of Review“ aus anerkannten zuverlässigen Männern zusammengesetzt wird. Da er eine „unpolitische“ Behörde ist, so sollte er von Rechts wegen den Parteikämpfen ganz entzogen werden, aber leider hat sich die Wirterschaft von den Parteikämpfen überwinden lassen, so daß sie jetzt nur noch zwischen den verschiedenen Parteikandidaten zu wählen hat. Die Republikaner haben den früheren tüchtigen Stadtmann Roy D. West, den Reform-Admiral Noyah von der 22ten Ward und den hochangesehenen Geschäftsmann J. D. Neacham aufgestellt. Dagegen haben die Demokraten den Wähler den früheren Stadtschreiber Charles D. Gaffield und den gänzlich unbekannten Herrn John Schlumberger angeboten oder zugeworfen. Was sie dazu bewegen hat, ein so überaus schwaches „Ziel“ dem starken republikanischen Gegenüberzusetzen, vermögen nur die Obermächer der Partei zu sagen.

Die demokratischen Kandidaten für den „Board of Assessors“ sind ebenfalls im Allgemeinen „schwächer“, als die republikanischen, aber hier ist der Abstand bei Weitem nicht so groß, wie zwischen den Kandidaten für den „Board of Review“. Es wäre sogar aus naheliegenden Gründen wünschenswert, wenn der eine oder andere demokratische Assessorskandidat ernannt werden würde. Mahoney, Gaffield und Schlumberger aber sollten aus von den demokratischen Stimmgebern vermieden werden.

Wer ist Souverän über Cuba?

Rechtsgelehrten Haarpfalter bietet sich jetzt eine vorzügliche Gelegenheit, ihren Scharf sinn zu beweisen. Es gilt nämlich, wissenschaftlich festzustellen, was unter „Souveränität“ zu verstehen ist, und ob ein Land das andere der Souveränität über gewisser Gebiete berauben kann, ohne sie selbst zu übernehmen. Die spanischen Friedenskommissäre in Paris behaupten, daß Spanien auf seine Souveränität über Cuba nicht verzichten kann, ohne sie gleichzeitig an die Ver. Staaten von Amerika abzutreten. Eine cubanische Regierung sei noch nicht vorhanden, könne also auch nicht anerkannt werden und überdies verhandelt man ja mit den Ver. Staaten, und nicht mit den Cubanern. Wenn sich nun Spanien aus Cuba zurückzieht, die Ver. Staaten aber nicht die Souveränität übernehmen, so würde es offenbar gar keine Souveränität in Cuba geben, was mit anderen

Worten heißt, daß auf der Insel die Anarchie einreißen würde. Der Einwand der amerikanischen Kommissäre, daß die Ver. Staaten zwar nicht die Souveränität über Cuba annehmen, wohl aber für Ruhe und Ordnung sorgen würden, sei offenbar nicht stichhaltig, denn wer in irgend einem Lande die Ruhe und Ordnung aufrecht erhält, der ist eben der Souverän.

Das erscheint dem Laienverstande als ungewöhnlich richtig, denn wo es an einer „gesetzmäßigen“ (de jure) Regierung fehlt, aber eine „tatsächliche“ (de facto) Regierung vorhanden ist, kann letztere völlerrechtlich als souverän anerkannt und haßbar gemacht werden. Wenn die Ver. Staaten nur tatsächlich, aber nicht auch dem Namen nach die Souveränität über Cuba annehmen wollen, weil sie die Gefühle der Cubaner zu schonen und sich selbst nicht als vorübergehend hinzustellen möchten, so ist das ihre eigene Sache. Spanien ist durch das vorläufige Friedensprotokoll verpflichtet, seine Souveränität über Cuba aufzugeben (relinquish) und kann sie nur an die Ver. Staaten von Amerika abtreten.

Man würde sich auch schwerlich auf einen bloßen Wortstreit einlassen, der schon deshalb keine Bedeutung hat, weil ja die Ver. Staaten die Souveränität über Cuba heute annehmen und morgen schon an eine cubanische Republik weiter schenken könnten. Der Punkt dreht sich aber in Wirklichkeit um die Frage, ob nicht die Ver. Staaten mit der Souveränität über Cuba auch die cubanischen Schulden übernehmen würden, beziehungsweise diejenigen spanischen Schulden, die durch ein Pfandrecht auf die cubanischen Einkünfte gewährleistet sind. Den zahlenden Gläubigern Spaniens wären natürlich die Ver. Staaten wohl lieber, als die im Nebel schwimmende Republik Cuba, während Spanien ausdehnungsfähig nicht in der Lage ist, seine Nationalschulden auch dann noch zu bezahlen, wenn es nicht nur Cuba und Porto Rico, sondern auch die Philippinen verloren hat. Während aber Spanien nicht zahlen kann, und Cuba nicht zahlen will, behaupten die Ver. Staaten, daß jene Schulden erstens nicht im Interesse Cubas gemacht worden sind, sondern im Gegentheil zum Zweck seiner Unterwerfung, und daß zweitens nicht von ihnen verlangt werden kann, außer den Kosten, die ihnen die Befreiung Cubas verursacht hat, auch noch die der Schuldentilgung zu tragen. Das Ende vom Lied dürfte sein, daß die Gläubiger das Nachsehen haben werden. Denn weder Frankreich, noch sonst eine Macht wird die Ver. Staaten mit Krieg überziehen, um den Gläubigern zu ihrem Gelde zu verhelfen.

Ob sich übrigens die Cubaner damit begnügen werden, daß die Ver. Staaten sich bloß der Form nach die Souveränität über die Insel nicht zuerzueignen lassen wollen, ist durchaus zweifelhaft. In Sagua la Grande hat bereits eine Konvention getagt, die von Vertretern aller sechs Provinzen besetzt war und eine außerordentlich scharfe Erklärung losließ. Darin wird u. A. gesagt: „Wir anerkennen keine andere Regierung als die, welche von den freien und unabhängigen Bundesstaaten Cubas eingeleitet ist. Wir widersprechen uns auf das Heftigste und ganz offen allen Parteien oder Personen, welche mittelbar oder unmittelbar das Recht oder die Fähigkeit des cubanischen Volkes leugnen, sich selbst zu regieren, und die für das cubanische Volk eine andere Regierung zu bilden versuchen, als die eines freien und unabhängigen Staates, der alle Rechte und Vorrechte eines solchen ausübt. Und wir betrachten diejenigen als Feinde, die in unsere Angelegenheiten fremde Einflüsse einzuführen versuchen.“ Als dann wird erklärt, daß die Republik Cuba in sechs selbständige Staaten mit einer gemeinsamen Bundesregierung zerfallen und ihren Bürgern die Freizügigkeit, Rede- und Gewissensfreiheit, das allgemeine Stimmrecht, das Versammlungs- und Petitionsrecht, religiöse Freiheit, das Joch des Corpus und das Recht des Waffenbesitzes gefährdend sei. Da das so ziemlich alle Freiheiten sind, deren sich die amerikanischen Bürger zu erfreuen haben, so soll offenbar den Ver. Staaten jeder Vorwand zur Einmischung von vornherein entzogen werden. Wie es hierin steht, die Ver. Staaten den Cubanern auch nicht bieten, also brauchen sie sich nicht weiter um ihre Schlingel zu bemühen.

Trotzdem schließt die Bundesregierung sich an, Truppen nach Cuba zu senden, noch ehe die spanischen Soldaten die Insel ganz geräumt haben. Sie will ihre Hand erst dann von den Befreiten zurückziehen, wenn diese bereit zu sein haben, daß sie eine ständige und gute Regierung empfangen können. Wenn besagter Beweis als erbracht wird angesehen werden können, wird nicht mittelgeht. Man kann also nur hoffen, daß den Cubanern nicht die Gebulb ausgehen wird.

Die demokratischen Kandidaten für den „Board of Assessors“ sind ebenfalls im Allgemeinen „schwächer“, als die republikanischen, aber hier ist der Abstand bei Weitem nicht so groß, wie zwischen den Kandidaten für den „Board of Review“. Es wäre sogar aus naheliegenden Gründen wünschenswert, wenn der eine oder andere demokratische Assessorskandidat ernannt werden würde. Mahoney, Gaffield und Schlumberger aber sollten aus von den demokratischen Stimmgebern vermieden werden.

Wer ist Souverän über Cuba?

Rechtsgelehrten Haarpfalter bietet sich jetzt eine vorzügliche Gelegenheit, ihren Scharf sinn zu beweisen. Es gilt nämlich, wissenschaftlich festzustellen, was unter „Souveränität“ zu verstehen ist, und ob ein Land das andere der Souveränität über gewisser Gebiete berauben kann, ohne sie selbst zu übernehmen. Die spanischen Friedenskommissäre in Paris behaupten, daß Spanien auf seine Souveränität über Cuba nicht verzichten kann, ohne sie gleichzeitig an die Ver. Staaten von Amerika abzutreten. Eine cubanische Regierung sei noch nicht vorhanden, könne also auch nicht anerkannt werden und überdies verhandelt man ja mit den Ver. Staaten, und nicht mit den Cubanern. Wenn sich nun Spanien aus Cuba zurückzieht, die Ver. Staaten aber nicht die Souveränität übernehmen, so würde es offenbar gar keine Souveränität in Cuba geben, was mit anderen

Worten heißt, daß auf der Insel die Anarchie einreißen würde. Der Einwand der amerikanischen Kommissäre, daß die Ver. Staaten zwar nicht die Souveränität über Cuba annehmen, wohl aber für Ruhe und Ordnung sorgen würden, sei offenbar nicht stichhaltig, denn wer in irgend einem Lande die Ruhe und Ordnung aufrecht erhält, der ist eben der Souverän.

Das erscheint dem Laienverstande als ungewöhnlich richtig, denn wo es an einer „gesetzmäßigen“ (de jure) Regierung fehlt, aber eine „tatsächliche“ (de facto) Regierung vorhanden ist, kann letztere völlerrechtlich als souverän anerkannt und haßbar gemacht werden. Wenn die Ver. Staaten nur tatsächlich, aber nicht auch dem Namen nach die Souveränität über Cuba annehmen wollen, weil sie die Gefühle der Cubaner zu schonen und sich selbst nicht als vorübergehend hinzustellen möchten, so ist das ihre eigene Sache. Spanien ist durch das vorläufige Friedensprotokoll verpflichtet, seine Souveränität über Cuba aufzugeben (relinquish) und kann sie nur an die Ver. Staaten von Amerika abtreten.

Man würde sich auch schwerlich auf einen bloßen Wortstreit einlassen, der schon deshalb keine Bedeutung hat, weil ja die Ver. Staaten die Souveränität über Cuba heute annehmen und morgen schon an eine cubanische Republik weiter schenken könnten. Der Punkt dreht sich aber in Wirklichkeit um die Frage, ob nicht die Ver. Staaten mit der Souveränität über Cuba auch die cubanischen Schulden übernehmen würden, beziehungsweise diejenigen spanischen Schulden, die durch ein Pfandrecht auf die cubanischen Einkünfte gewährleistet sind. Den zahlenden Gläubigern Spaniens wären natürlich die Ver. Staaten wohl lieber, als die im Nebel schwimmende Republik Cuba, während Spanien ausdehnungsfähig nicht in der Lage ist, seine Nationalschulden auch dann noch zu bezahlen, wenn es nicht nur Cuba und Porto Rico, sondern auch die Philippinen verloren hat. Während aber Spanien nicht zahlen kann, und Cuba nicht zahlen will, behaupten die Ver. Staaten, daß jene Schulden erstens nicht im Interesse Cubas gemacht worden sind, sondern im Gegentheil zum Zweck seiner Unterwerfung, und daß zweitens nicht von ihnen verlangt werden kann, außer den Kosten, die ihnen die Befreiung Cubas verursacht hat, auch noch die der Schuldentilgung zu tragen. Das Ende vom Lied dürfte sein, daß die Gläubiger das Nachsehen haben werden. Denn weder Frankreich, noch sonst eine Macht wird die Ver. Staaten mit Krieg überziehen, um den Gläubigern zu ihrem Gelde zu verhelfen.

Ob sich übrigens die Cubaner damit begnügen werden, daß die Ver. Staaten sich bloß der Form nach die Souveränität über die Insel nicht zuerzueignen lassen wollen, ist durchaus zweifelhaft. In Sagua la Grande hat bereits eine Konvention getagt, die von Vertretern aller sechs Provinzen besetzt war und eine außerordentlich scharfe Erklärung losließ. Darin wird u. A. gesagt: „Wir anerkennen keine andere Regierung als die, welche von den freien und unabhängigen Bundesstaaten Cubas eingeleitet ist. Wir widersprechen uns auf das Heftigste und ganz offen allen Parteien oder Personen, welche mittelbar oder unmittelbar das Recht oder die Fähigkeit des cubanischen Volkes leugnen, sich selbst zu regieren, und die für das cubanische Volk eine andere Regierung zu bilden versuchen, als die eines freien und unabhängigen Staates, der alle Rechte und Vorrechte eines solchen ausübt. Und wir betrachten diejenigen als Feinde, die in unsere Angelegenheiten fremde Einflüsse einzuführen versuchen.“ Als dann wird erklärt, daß die Republik Cuba in sechs selbständige Staaten mit einer gemeinsamen Bundesregierung zerfallen und ihren Bürgern die Freizügigkeit, Rede- und Gewissensfreiheit, das allgemeine Stimmrecht, das Versammlungs- und Petitionsrecht, religiöse Freiheit, das Joch des Corpus und das Recht des Waffenbesitzes gefährdend sei. Da das so ziemlich alle Freiheiten sind, deren sich die amerikanischen Bürger zu erfreuen haben, so soll offenbar den Ver. Staaten jeder Vorwand zur Einmischung von vornherein entzogen werden. Wie es hierin steht, die Ver. Staaten den Cubanern auch nicht bieten, also brauchen sie sich nicht weiter um ihre Schlingel zu bemühen.

Trotzdem schließt die Bundesregierung sich an, Truppen nach Cuba zu senden, noch ehe die spanischen Soldaten die Insel ganz geräumt haben. Sie will ihre Hand erst dann von den Befreiten zurückziehen, wenn diese bereit zu sein haben, daß sie eine ständige und gute Regierung empfangen können. Wenn besagter Beweis als erbracht wird angesehen werden können, wird nicht mittelgeht. Man kann also nur hoffen, daß den Cubanern nicht die Gebulb ausgehen wird.

Die demokratischen Kandidaten für den „Board of Assessors“ sind ebenfalls im Allgemeinen „schwächer“, als die republikanischen, aber hier ist der Abstand bei Weitem nicht so groß, wie zwischen den Kandidaten für den „Board of Review“. Es wäre sogar aus naheliegenden Gründen wünschenswert, wenn der eine oder andere demokratische Assessorskandidat ernannt werden würde. Mahoney, Gaffield und Schlumberger aber sollten aus von den demokratischen Stimmgebern vermieden werden.

Wer ist Souverän über Cuba?

Rechtsgelehrten Haarpfalter bietet sich jetzt eine vorzügliche Gelegenheit, ihren Scharf sinn zu beweisen. Es gilt nämlich, wissenschaftlich festzustellen, was unter „Souveränität“ zu verstehen ist, und ob ein Land das andere der Souveränität über gewisser Gebiete berauben kann, ohne sie selbst zu übernehmen. Die spanischen Friedenskommissäre in Paris behaupten, daß Spanien auf seine Souveränität über Cuba nicht verzichten kann, ohne sie gleichzeitig an die Ver. Staaten von Amerika abzutreten. Eine cubanische Regierung sei noch nicht vorhanden, könne also auch nicht anerkannt werden und überdies verhandelt man ja mit den Ver. Staaten, und nicht mit den Cubanern. Wenn sich nun Spanien aus Cuba zurückzieht, die Ver. Staaten aber nicht die Souveränität übernehmen, so würde es offenbar gar keine Souveränität in Cuba geben, was mit anderen

Worten heißt, daß auf der Insel die Anarchie einreißen würde. Der Einwand der amerikanischen Kommissäre, daß die Ver. Staaten zwar nicht die Souveränität über Cuba annehmen, wohl aber für Ruhe und Ordnung sorgen würden, sei offenbar nicht stichhaltig, denn wer in irgend einem Lande die Ruhe und Ordnung aufrecht erhält, der ist eben der Souverän.

Das erscheint dem Laienverstande als ungewöhnlich richtig, denn wo es an einer „gesetzmäßigen“ (de jure) Regierung fehlt, aber eine „tatsächliche“ (de facto) Regierung vorhanden ist, kann letztere völlerrechtlich als souverän anerkannt und haßbar gemacht werden. Wenn die Ver. Staaten nur tatsächlich, aber nicht auch dem Namen nach die Souveränität über Cuba annehmen wollen, weil sie die Gefühle der Cubaner zu schonen und sich selbst nicht als vorübergehend hinzustellen möchten, so ist das ihre eigene Sache. Spanien ist durch das vorläufige Friedensprotokoll verpflichtet, seine Souveränität über Cuba aufzugeben (relinquish) und kann sie nur an die Ver. Staaten von Amerika abtreten.

Man würde sich auch schwerlich auf einen bloßen Wortstreit einlassen, der schon deshalb keine Bedeutung hat, weil ja die Ver. Staaten die Souveränität über Cuba heute annehmen und morgen schon an eine cubanische Republik weiter schenken könnten. Der Punkt dreht sich aber in Wirklichkeit um die Frage, ob nicht die Ver. Staaten mit der Souveränität über Cuba auch die cubanischen Schulden übernehmen würden, beziehungsweise diejenigen spanischen Schulden, die durch ein Pfandrecht auf die cubanischen Einkünfte gewährleistet sind. Den zahlenden Gläubigern Spaniens wären natürlich die Ver. Staaten wohl lieber, als die im Nebel schwimmende Republik Cuba, während Spanien ausdehnungsfähig nicht in der Lage ist, seine Nationalschulden auch dann noch zu bezahlen, wenn es nicht nur Cuba und Porto Rico, sondern auch die Philippinen verloren hat. Während aber Spanien nicht zahlen kann, und Cuba nicht zahlen will, behaupten die Ver. Staaten, daß jene Schulden erstens nicht im Interesse Cubas gemacht worden sind, sondern im Gegentheil zum Zweck seiner Unterwerfung, und daß zweitens nicht von ihnen verlangt werden kann, außer den Kosten, die ihnen die Befreiung Cubas verursacht hat, auch noch die der Schuldentilgung zu tragen. Das Ende vom Lied dürfte sein, daß die Gläubiger das Nachsehen haben werden. Denn weder Frankreich, noch sonst eine Macht wird die Ver. Staaten mit Krieg überziehen, um den Gläubigern zu ihrem Gelde zu verhelfen.

Das Ausfuhrgeschäft.

Die hohen vom Statistischen Amt in Washington veröffentlichten Zahlen über die Produktausfuhr während der ersten neun Monate des Kalenderjahres, zeigen wieder ein ganz bedeutendes Mehr gegen das Vorjahr. Sie gelten für unsere Ausfuhr an Getreide, Fleischwaren und -Konserven, Baumwolle und mineralische Oele und erreichen zusammen für die neun Monate (Januar bis September, einschließlich) die gewaltige Wertsumme von \$533,367,362 für das Jahr 1897 stellte sich diese Ausfuhr in dem entsprechenden Zeitabschnitt auf rund 444, im Jahre 1896 auf rund 399 und im Jahre 1895 auf rund 377 Millionen Dollars. Wir haben somit eine stetige Zunahme zu verzeichnen, welche die Ausfuhr von 1895 diejenige des Jahres 1896 um nahezu 60 Prozent übersteigt. Den größten Anteil an dieser Ausfuhr hat, wie bekannt, die Ausfuhr von Brotfrucht, wovon wir im laufenden Jahre für rund 140 Millionen Dollars mehr nach Europa schickten, als vor vier Jahren; aber die Zunahme beschränkt sich nicht auf Getreide, sondern zeigt sich auch in den anderen Ausfuhrwaren dieser Klasse; so stieg unsere Fleischwaren-Ausfuhr seit 1895 um Wertsumme von \$26,000,000, unsere Baumwollausfuhr um \$22,000,000, und für Hornvieh und Schweine ergibt sich ein Mehr von \$7,000,000.

Wir können uns über diese erfreuliche Zunahme unserer Boden-Produktenausfuhr freuen, aber wir dürfen uns nicht allzuviel darauf einbilden und noch weniger darauf bauen, daß sie anhalten werde.

Das stetige Steigen dieser Ausfuhr haben wir weniger unserer Arbeit als unserer Glück zu danken. Es wurde möglich durch eine Reihe von günstigen Umständen, von denen das Aufkommen treuer Ernten hierzulande, der mittelmäßigen oder schlechten Ernten in anderen Getreideausfuhr-Ländern und in Europa ausschlaggebend war.

Wir dürfen nicht darauf rechnen, daß sich ein solches Aufkommen treffen von Umständen immer wiederholt, also auch nicht auf eine gleichbleibend starke derartige Ausfuhr mit all den wohltätigen Folgen, die sie für unsere Finanzen und unser ganzes Geschäft hat. Viel zuverlässiger ist die Prosperität, die sich auf der Ausfuhr von Rohstoffen stützt, denn dieselbe ist nicht derart abhängig von Umständen, die außerhalb unseres Einflusses stehen.

Die Märkte für unsere Industrieprodukte müssen uns sichern und es aber auch in der Welt der Rohstoffe, wo die Ausfuhr von Bodenerzeugnissen.

Stückweise dürfen wir uns auch einer starken Zunahme in der Ausfuhr von Rohstoffen freuen; aber so schnell sich diese Ausfuhr in den letzten Jahren gehoben hat, so ist sie vergleichsweise (im Vergleich zu den Möglichkeiten und dem was sie sein könnte und vielleicht sein sollte) noch recht bescheiden. Unsere Ausfuhr von Baumwollwaren stieg, beispielsweise, auf 185,323,084 Yards für die ersten acht Monate des laufenden Jahres. Das klingt viel, aber ist bedeutend mehr als im Vorjahre, aber im Vergleich mit den 341,935,500 Yards, welche Großbritannien in derselben Zeit ausfuhrte, ist unsere Ausfuhr doch noch sehr gering. England ist allerdings viel länger im Geschäft der Ausfuhr von Baumwollstoffen und hat den Vorteil der Erfahrung und unübertrefflichen Marktkenntnis, aber auch unsere Baumwollindustrie ist schon alt, sie hat den Vorteil etwas billigerer Rohmaterialien; sie bezahlt nicht mehr (oder weniger) für Arbeitslöhne und arbeitet mit billigeren Maschinen, als die englische.

Es ist in der That gar nicht ersichtlich, warum die amerikanische Baumwollindustrie nicht die Weltmärkte beherrschen sollte, und daß sie nicht schon viel weiter ist, liegt wohl zum größten Teil mit in unserer Wirtschaftspolitik die fort und fort nur auf den einheimischen Markt hinwies und lehrte, daß die ungenügenden Profite dieses Marktes künstlich erhöht werden müssen durch Subventionierung des Volkes. Die Fabrikanten wurden darauf an das Gängelband der Staatsfiskal gezwungen, daß sie sich nicht hinauswagten in die Fremde, wo sie ohne dieses Geleit lernen mußten, und daß sie auch „zu Hause“ sich auf die Unterwürigkeit verließen und ihre Betriebe nicht mit der Sparlichkeit und der Aufmerksamkeit leiten, die ihnen auch ohne irgend welchen Schutz die heimischen Märkte und gute Profite sichern würden. Es gibt natürlich Ausnahmen von dieser Regel und diese sind, die exportierten.

Wie in der Baumwollbranche, so ist es in den meisten anderen großen Industrien; je schneller man sie von dem Gehob befriest, desto schneller werden sie in den Wettlauf mit den Industrien anderer Nationen eintreten und darin liegen können. Unsere Industrien bedürfen ansehnlich nichts mehr als die Befreiung von dem „Schutz“ und die vollständige Sicherstellung der Goldwährung, und sie werden dem Lande bald eine Ausfuhr verschaffen, auf die sich viel sicher rechnen läßt, als auf die Ausfuhr von Bodenprodukten, und die den Arbeitern unseres Landes die e i g e n e Beschäftigung geben wird, als je jemals hatten.

Das Ausfuhrgeschäft.

Der Vor Sir Samuel White Baker in den Jahren 1870—71 die Länder am oberen Weißen Nil bis in die Nähe der großen Seen dem ägyptischen Reich einverleibt hatte, war das neuerdings öfter genannte Faschoda der südliche Stützpunkt der Herrschaft des Vizekönigs im Sudan. Die Reichsgrenze verlief ein wenig südlicher, in der Breite der Subatmanien. Faschoda (arabi-

bische Bezeichnung) war unter dem Namen Denab als die größte Anfriedung des Stammes der Schilluk, von deren Oberhaupt — „Meq“ — residierte, schon so lange bekannt, wie nach dem Süden von Khartum aus Handelsverkehr herrschte. Jedoch wurde der Ort erst 1867 einer Provinzialregierung und eines Mudirs, wozu er schnell einen mehr städtischen Anstrich gewann. Seinen Charakter als Hauptort waffenspezifischer Faschoda durch ein ausgebreitetes Fort, das mit seinen Erdmauern und feiner schwebender Artillerie an sich zwar wenig imponierend ausfiel, seinen Zweck, die Schilluk im Zaum zu halten und den Verkehr auf dem Weißen Nil zu schützen, aber doch ausreichend erfüllte. Auch nach Eroberung der südlichen Provinzen durch Bahr behauptete Faschoda seine Bedeutung als Garnisonort und Schiffsel zur Herrschaft über die entlegenen Länder am oberen Nil; es war auch als Handelsplatz wichtig und erhielt dem Neidenden als letzter Posten europäischer Festung.

Weither war es allerdings um die Mitte der 70er Jahre, wie Junter berichtet, in Wirklichkeit mit dieser „Festung“ nicht. Die ägyptische Regierung fandte nach Faschoda als Garnisontruppen die schweren Verbände und als Beamte misliebige gewordene Leute, in der nur selten gekaufte Erwerbung, daß sie hier am Fieber bald zu Grunde gehen würden. Sogar die Mudirstelle galt in Khartum als ein Straßposten, dessen Unannehmlichkeiten allerdings dadurch gemildert waren, daß dort kein Mordtiefen genau auf die Finger lag; denn Khartum lag weit, und die Verbindung mit ihm war durch Grasbarren im Nilflusse oft lange unterbrochen. In der That wurde denn auch damals der Schiffsverkehr über Faschoda ganz offen unter den Augen der ägyptischen Behörden betrieben; schaute sich doch der Mudir nicht, von jedem passierenden Schiffe ein Kopfgeld von 2 Thalern zu erheben und in seine Tasche zu stecken. Auch die Garnison hatte sich bis auf Bakers Eingreifen am Schiffsverkehr beteiligt, indem sie Maubjaie in's Gebiet der am gegenüberliegenden Ufer wohnenden Dinka unternahm. Dies ging allerdings seit 1870 nicht mehr. Als Junter 1880 zum dritten Mal Faschoda berührte, — trotz Gordon's Befehl — die angebliche Mißwirtschaft der dortigen Beamten nach ihren alten Gang. Inzwischen waren auch die Schilluk völlig unterworfen worden.

Nicht lange darauf brach die Mahdi-Begeisterung aus, in der Faschoda eine nicht unwichtige Rolle spielt. Mohamed Ahmed (der Mahdi) zog Ende 1881 mit seiner Gefolgschaft von Omdurman südlich zum Nil, und der damalige Mudir von Faschoda, Kaschid Bey, unternahm es auf eigene Faust, im Verein mit dem Meq der Schilluk, den Rebellen entgegen zu gehen. Er fiel im Dezember 1881 mit seinem Heere bei dem Berge Gidir (nordwestlich von Faschoda) in einen Hinterhalt; die Truppen wurden von Mohamed Ahmed erschlagen, und Kaschid Bey wurde erschlagen. Seit diesem Siege über die Garnison von Faschoda nannte sich Mohamed Ahmed hinfür nur noch den „Mahdi“; er ließ jedoch das ihm nun ungefähre Faschoda in Ruhe und wandte sich nach Norden. So kam es, daß bis zum Jahre 1890 die Schilluk ihre Selbständigkeit behielten. Ja, der Nachfolger des Mahdi, der Khalif Abdallah, war froh, daß der in Faschoda sitzende Meq der Schilluk seinen Unterthanen gestattete, Getreide in die aus Omdurman kommenden Schiffe zu verkaufen. Als indessen um jene Zeit der Khalif dabei war, seine Herrschaft über die noch zum Teil unter der Verwaltung abgesetzener ägyptischer Beamten stehenden Äquatorialprovinzen auszuweiten, verlor auch schließlich die Schilluk ihre Freiheit und geriet unter das Joch, unter dem die nördlicheren Sudanstämme schon lange fehten. Der Khalif hatte von dem Reichthum des Schilluklandes an Menschen und Getreide gehört, er beschloß, seine Hand daran zu legen und betraute einen feinen Generale, Sefi Zamel, mit dem Aufzuge. Sefi rückte aus Omdurman mit 6000 Mann heran; der Schillukoberhaupt merkte die Gefahr und ließ Augenblicke, er floh, wurde gefangen und hingerichtet, als er das Verdict seiner aus dem Getreidehandel gewonnenen Geldsummen anzugeben sich weigerte. Die Schilluk selber vertauschten ihre Freiheit sehr theuer, aber gegen die überlegene Bewaffnung und Führung der Derwische konnten sie trotz aller Tapferkeit nicht aufkommen. Die gefangenen Männer mußten, wie Sefi erzählt, über die Klänge springen, die Weiber und Kinder wurden als Sklaven nach Omdurman gebracht, wo ihre Menge dem Markt förmlich überwiegen. Seitdem blieb Faschoda im Besitz der Derwische, bis jetzt die „unbekannten weißen Männer“ den Platz besetzten.

Faschoda liegt auf dem hier etwas ansehnlichen westlichen Uferende des Weißen Nil, wird aber durch eine baumlose Niederung von diesem getrennt. Weitenweit zeigen sich bis zum Einbruch der Dämmerung die Schilfbüschel hin. Von den Ufern des Weißen Nils bis zu den Bäumen des Hofes, bis die Garnison Faschoda zum Opfer fiel. Kinaum dehnt sich aus, absehbare Graslandschaft aus, während das gegenüber liegende, von den Dinka und Ruher bewohnte Ufer etwas buschiger hat. Die älteren Reisenden berichten von der außerordentlich dichten Bevölkerung der Nilufer; heute dürfte man da nur auf eine menschenleere Ebene sehen, denn wohnen die Jordan des Khalifen ihren Fuß gesetzt, da ist alles Leben, aller Wohlstand vernichtet worden.

— Je mehr die weibliche Emancipation Fortschritte macht, um so mehr macht die männliche Galanterie Rückschritte.

Der Friedensfeier wegen waren heute und morgen auch die Kriminalgerichte nicht in Sitzung.

Gestern wurden 35 städtische Drainage-Inspizitoren „abgelegt“, da die Jahres-Verwilligung für dieses Departement nahezu erschöpft ist.

Am Sonntag Abend sind in der Wohnung der Familie Cindricher in der Wohnung des Herrn Henry E. Alderburg, 572 Fullerton Ave., gemeinsam die Silbergeräte und haarees Geld im Betrage von \$200 erbeutet.

In Richter Watermans Abtheilung des Kriminalgerichts ist gestern mit der Verhandlung von Anklagen wegen Brandstiftung gegen Antonio Golout und Alrod Barth begonnen worden. Golout und Barth sollen am 5. September das von ihnen bewohnte Haus Nr. 4306 Honore Str. in Brand gesetzt haben, in der Absicht, die männliche Galanterie Rückschritte.

— Je mehr die weibliche Emancipation Fortschritte macht, um so mehr macht die männliche Galanterie Rückschritte.

Blitzschaden in Iowa.

Das Bureau für Wetterbeobachtungen und Statistik von Iowa hat über den in der verflochtenen Saison durch Blitzschläge verursachten Schaden eine Uebersicht zusammengestellt, welche zwar nicht ganz genau ist, da eine Anzahl der ausgefüllten Fragebogen nicht an das Bureau zurückgelangen, die aber doch mancherlei recht Interessantes sowie auch namentlich Winke zur Verminderung der Blitzgefahr für den Viehstand enthält. Die Fragebogen bezüglich der Verluste und der dieselben begleitenden näheren Umstände wurden an Abhängiger von Versicherungsgesellschaften und andere Personen verbannt. Im Jahre 1897 waren bis zum 1. Oktober an das Bureau zurückgelangt.

Hierzu waren im letzten Sommer 37 Gebäude durch Blitzschlag zerstört und 266 Stück Vieh getödtet worden, nämlich 37 Pferde, 32 Schafe, 40 Schweine und 157 Stück Rindvieh. Der Gesamtschaden an Gebäuden betrug, deren Anzahl belief sich auf \$17,350. Es waren 28 Schweine und 9 Wohnhäuser. Von diesen 37 Gebäuden waren nur zwei mit Blitzableitern versehen, über deren Zustand und Anbringungsweise jedoch nichts mitgeteilt wird.

Im Juli und August wurden mehr Schweine vom Blitz getroffen und durch Feuer getödtet als im Mai und Juni. Das scheint zu beweisen, daß Schweine besonders stark den Blitz anziehen, nachdem Heu und Getreide eingebracht sind, von denen dann eine Dampfhaube aufsteigt. Vor der Ernte brannten nur 41 Prozent der vom Blitz getroffenen Schweine nieder, nach der Ernte dagegen 78 Prozent, obgleich im Anfang der Saison mehr elektrische Energie existierte als gegen deren Ende. Von dem getödteten Vieh kommt beträchtlich mehr auf die Monate Mai und Juni als auf die beiden folgenden Monate.

Eine sehr interessante Beobachtung war es, daß von den 266 durch Blitz getödteten Stück Vieh 118 nicht neben Drahtjähnen lagen, und daß diese Drahtjähne nicht mit „Grunddrähten“ versehen waren, um den Blitz in den Boden abzuleiten. Man kann also sagen, daß über 44 Prozent der Vieherluste wahrscheinlich durch direkte Berührung mit elektrisch geladenen Zäunen verursacht wurden.

Drahtjähne, wie sie jetzt meistens hergestellt werden, sind ungewöhnlich Viehfallen, welche jährlich große Verluste verursachen. Es ist klar, daß ein großer Theil solcher Verluste vermieden werden kann, indem in kurzen Abständen Grunddrähte an diesen Zäunen angebracht werden. In mehreren Fällen wurde berichtet, daß der Blitz in einer beträchtlichen Entfernung von den Thieren eingeschlagen habe und dann am Draht entlang gelaufen sei, bis er die Thiere traf und tödtete.

Als Illustration dazu mag der von dem Farmer G. J. Venoder in Madison County berichtete Fall dienen, wobei am 22. Juni 32 Schafe getödtet wurden. Dieselben lagen längs und dicht an einer Drahtseile, gegen welche der Sturm sie getrieben hatte. Der Blitz war 20 Fuß von der Stelle, wo die Schafe lagen, in den Zaun eingeschlagen. Dieser tödtbringende Blitz hätte können in den Erdboden abgeleitet werden, wenn der Zaun mit einem Grunddraht versehen gewesen wäre.

Von den berichteten 186 Blitzschlägen mit verderblicher Wirkung kamen 55 auf tiefem und feuchtem Boden vor, 41 bei Gehöft und die anderen auf hoch gelegenen und trockenem Boden.

Herr Sage vom Statistischen Bureau beobachtet, im nächsten Jahre noch umfassendere Vorträge für systematische Beobachtungen zu machen, und da sollte ihm das Publikum in der Stadt und Land hilfreich zur Seite stehen. („Democrat“, Dav.)

— Der „Maadburger Jg.“ wird eine Episode aus der guten alten Zeit aus Köthen mitgeteilt: Vor 50 Jahren erließ das Staatsministerium nachstehende Bekanntmachung, welche die Betreffenden mit großer Genugthuung erfüllte: „Seine Heiligkeit der allsehende Herrgott haben aus Veranlassung höchst ihrer neulichen ersten Anwesenheit in Köthen andächtig zu genehmigen gerührt, daß sämtliche von hiesigen Einwohnern bis heute verlegten Belten, Kleidungsstücke und Hausgeräthe bis zum Betrage von fünf Thaler einschließlich auf Rechnung der Staatskasse eingelöst werden. Die Einkünfte können diese Pänder daher unentgeltlich aus dem Verlage zurücknehmen, haben ihre Pfandscheine jedoch zuvor mit einem Stempel versehen zu lassen.“

— Die Orden der Vortagehden bedeuten viel Verdienste der Untergebenen.

Kurz und Ren.

* Der Friedensfeier wegen waren heute und morgen auch die Kriminalgerichte nicht in Sitzung.

* Gestern wurden 35 städtische Drainage-Inspizitoren „abgelegt“, da die Jahres-Verwilligung für dieses Departement nahezu erschöpft ist.

* Am Sonntag Abend sind in der Wohnung der Familie Cindricher in der Wohnung des Herrn Henry E. Alderburg, 572 Fullerton Ave., gemeinsam die Silbergeräte und haarees Geld im Betrage von \$200 erbeutet.

In Richter Watermans Abtheilung des Kriminalgerichts ist gestern mit der Verhandlung von Anklagen wegen Brandstiftung gegen Antonio Golout und Alrod Barth begonnen worden. Golout und Barth sollen am 5. September das von ihnen bewohnte Haus Nr. 4306 Honore Str. in Brand gesetzt haben, in der Absicht, die männliche Galanterie Rückschritte.

— Je mehr die weibliche Emancipation Fortschritte macht, um so mehr macht die männliche Galanterie Rückschritte.

Jedermann hat Kredit.

227 und 229 Wabash Ave. Hartman FURNITURE & CARPET CO. 227 und 229 Wabash Ave.

mit offener Hand für ganz Chicago die erstaunlichsten wirklichen Bargains, auf reichlichsten Kredit, die je in Hausausstattungswaren geboten wurden — ein glorreicher Abschluß des großartigen Verkaufs, der je stattgefunden hat und in der Geschichte ohne Gleichen da steht — morgen.

Hierzu waren im letzten Sommer 37 Gebäude durch Blitzschlag zerstört und 266 Stück Vieh getödtet worden, nämlich 37 Pferde, 32 Schafe, 40 Schweine und 157 Stück Rindvieh. Der Gesamtschaden an Gebäuden betrug, deren Anzahl belief sich auf \$17,350. Es waren 28 Schweine und 9 Wohnhäuser. Von diesen 37 Gebäuden waren nur zwei mit Blitzableitern versehen, über deren Zustand und Anbringungsweise jedoch nichts mitgeteilt wird.

Im Juli und August wurden mehr Schweine vom Blitz getroffen und durch Feuer getödtet als im Mai und Juni. Das scheint zu beweisen, daß Schweine besonders stark den Blitz anziehen, nachdem Heu und Getreide eingebracht sind, von denen dann eine Dampfhaube aufsteigt. Vor der Ernte brannten nur 41 Prozent der vom Blitz getroffenen Schweine nieder, nach der Ernte dagegen 78 Prozent, obgleich im Anfang der Saison mehr elektrische Energie existierte als gegen deren Ende. Von dem getödteten Vieh kommt beträchtlich mehr auf die Monate Mai und Juni als auf die beiden folgenden Monate.

Eine sehr interessante Beobachtung war es, daß von den 266 durch Blitz getödteten Stück Vieh 118 nicht neben Drahtjähnen lagen, und daß diese Drahtjähne nicht mit „Grunddrähten“ versehen waren, um den Blitz in den Boden abzuleiten. Man kann also sagen, daß über 44 Prozent der Vieherluste wahrscheinlich durch direkte Berührung mit elektrisch geladenen Zäunen verursacht wurden.

Drahtjähne, wie sie jetzt meistens hergestellt werden, sind ungewöhnlich Viehfallen, welche jährlich große Verluste verursachen. Es ist klar, daß ein großer Theil solcher Verluste vermieden werden kann, indem in kurzen Abständen Grunddrähte an diesen Zäunen angebracht werden. In mehreren Fällen wurde berichtet, daß der Blitz in einer beträchtlichen Entfernung von den Thieren eingeschlagen habe und dann am Draht entlang gelaufen sei, bis er die Thiere traf und tödtete.

Als Illustration dazu mag der von dem Farmer G. J. Venoder in Madison County berichtete Fall dienen, wobei am 22. Juni 32 Schafe getödtet wurden. Dieselben lagen längs und dicht an einer Drahtseile, gegen welche der Sturm sie getrieben hatte. Der Blitz war 20 Fuß von der Stelle, wo die Schafe lagen, in den Zaun eingeschlagen. Dieser tödtbringende Blitz hätte können in den Erdboden abgeleitet werden, wenn der Zaun mit einem Grunddraht versehen gewesen wäre.

Von den berichteten 186 Blitzschlägen mit verderblicher Wirkung kamen 55 auf tiefem und feuchtem Boden vor, 41 bei Gehöft und die anderen auf hoch gelegenen und trockenem Boden.

Herr Sage vom Statistischen Bureau beobachtet, im nächsten Jahre noch umfassendere Vorträge für systematische Beobachtungen zu machen, und da sollte ihm das Publikum in der Stadt und Land hilfreich zur Seite stehen. („Democrat“, Dav.)

— Der „Maadburger Jg.“ wird eine Episode aus der guten alten Zeit aus Köthen mitgeteilt: Vor 50 Jahren erließ das Staatsministerium nachstehende Bekanntmachung, welche die Betreffenden mit großer Genugthuung erfüllte: „Seine Heiligkeit der allsehende Herrgott haben aus Veranlassung höchst ihrer neulichen ersten Anwesenheit in Köthen andächtig zu genehmigen gerührt, daß sämtliche von hiesigen Einwohnern bis heute verlegten Belten, Kleidungsstücke und Hausgeräthe bis zum Betrage von fünf Thaler einschließlich auf Rechnung der Staatskasse eingelöst werden. Die Einkünfte können diese Pänder daher unentgeltlich aus dem Verlage zurücknehmen, haben ihre Pfandscheine jedoch zuvor mit einem Stempel versehen zu lassen.“

— Die Orden der Vortagehden bedeuten viel Verdienste der Untergebenen.

Kurz und Ren.

* Der Friedensfeier wegen waren heute und morgen auch die Kriminalgerichte nicht in Sitzung.

* Gestern wurden 35 städtische Drainage-Inspiz

74 von Salb. Abends offen. 71
 75 Er kauft die Wren Käsmajenen faulen zu
 76 Solale-Prellen bei Adam 32 Abends Str. 72
 77 Schmittler 2 unter \$10. 8ab ihm \$12. 73
 78 Witten \$10. 79recht vor die 3de kauft. 74

Verschiedenes.
 Anzeigen unter dieser Rubrik, 2 Centz das Wort.)

Zu adoptiren gesucht: Ein Knabe und ein Mädchen.
 75 Adolph Dandorf. 76

Verlangt: Eine brave Pflegermutter für einen
 kranken Knaben, 8 Jahre alt, mit guten Zeugnissen
 von der Schule und der Arbeit. 77 vor 2 Jah-
 ren von seiner Mutter verlassen. 78

